



Ausgabe 14/2011

14. Oktober 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

GdP im Gespräch - LPP Kindler

Um die Belange der bayerischen Polizeibeamten/-innen zu vertreten, sind neben schriftlichen Eingaben die Gespräche mit den Verantwortlichen in den Ministerien und den Abgeordneten im Landtag unabdingbar. Nicht umsonst sagt man „Reden bringt die Leute zusammen“. Ein immer wieder gefragter Gesprächspartner ist LPP Kindler als Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, weshalb LV Helmut Bahr und sein Vertreter Peter Schall bei ihm zu Gast waren.

Es hatten sich wieder eine ganze Menge Themen angesammelt – so galt es abzuklären, warum die Rangzahl bei den älteren Bewerbern insbesondere von Bundeswehr und Bundespolizei (früher BGS) nun bei der **Umstellung der Rangzahl** auf die Dienstrechtsreform sich teilweise so negativ entwickelt hat. Peter Schall hatte dazu einige Beispiele, die den erheblichen „Absturz“ in der Beförderungswarteliste dokumentieren. IC 3/Hr. Rieger hatte auf unsere schon vorab erfolgte Eingabe diverse Fälle überprüft. Zwar hat die Dienstrechtsreform dazu geführt, dass bei jungen Bewerbern Zeiten vor dem 21. Lebensjahr nicht berücksichtigt werden und maßgeblich bei der Beförderungsrangzahl nun nicht mehr das frühere Besoldungsdienstalter, sondern die erste Beförderung nach Ablegen der Laufbahnprüfung ist, dies alleine erklärt jedoch nicht die Lage bei den früheren Altanwärtern. Die Recherche ergab, dass hier nicht die Dienstrechtsreform ursächlich ist, sondern frühere Eingabefehler. Bei der alten Rangzahl hätten solche Vordienstzeiten mit maximal zwei Jahren berücksichtigt werden dürfen, tatsächlich war aber oft vom

Alter beim Wechsel zur Polizei auf das 21. Lebensjahr heruntergerechnet und eingegeben worden. Dies wurde jetzt beim Wechsel von PVS auf Viva-Pro festgestellt und bereinigt. **Es liegt also nicht an der Dienstrechtsreform sondern an der damaligen fehlerhaften Eingabe.** Für die betroffenen

der, die Bereitschaftspolizei und das LKA dabei nicht zu vergessen. Peter Schall forderte zudem, dass bei der ersten Zusatzrate im März 2012 unbedingt der Einzeldienst als erstes zu verstärken ist, da es in vielen Bereichen personell „lichterloh brenne“.

Für die **Haushaltsverhandlungen** war

sich die Gesprächsrunde einig, dass neben der Gehaltserhöhung insbesondere im Sachhaushalt ein Nachschlag für Bayerns Polizei notwendig ist – alleine schon wegen der immens gestie-



V.l.: Stv. LV Peter Schall, LV Helmut Bahr, LPP Kindler, Frau Hofmann, IC3, Herr Andrä, IC 5

Kollegen ist die Lage trotzdem unbefriedigend, denn die neuen Beurteilungen sind gemacht und so mancher fühlt sich nun zu Recht betrogen. Ob hier noch Möglichkeiten zur Heilung bestehen, soll geprüft werden.

Breiten Raum nahm die Diskussion um die **Vergabe der zusätzlichen 1.000 Stellen** für Bayerns Polizei ein, zusammen mit den zusätzlichen Stellen aus der 40-Stundenwoche kommen sogar 1.750 neue Kollegen/-innen zur Verteilung, so LPP Kindler. Vorbehaltlich der Entscheidung durch den Landtag, was zur Basis zählt, sollen die Arbeitszeit-Stellen den Präsidien, die sie abgeben mussten, zurückgegeben werden, die anderen 1.000 Stellen sollen belastungsorientiert verteilt werden. Um Manipulationen auszuschließen sind ausschließlich die harten Daten aus PKS und VU-Statistik zu bewerten, so Herr Kindler. Helmut Bahr for-

denen Energiekosten sowie der stets verschobenen Beschaffung digitalen VÜ-Geräts. Für den DHH 2012/2013 ist auch unbedingt die Durchschlüsselung der zusätzlichen 1.000 Stellen zu fordern, da diese bislang auf A 7 beschränkt sind. Für die GdP müssen sowieso weitere Beförderungsstellen kommen, denn gerade im Bereich K-Sachbearbeiter und DGL brauchen die Kollegen Perspektiven. Helmut Bahr wies auch darauf hin, dass jeder FHVR-Absolvent zumindest den A 12 erreichen muss, denn sonst mache das Studium keinen Sinn mehr. Diese Meinung teilt auch LPP Kindler und sagte seine Unterstützung zu.

Auch die aktuelle Diskussion um die sog. Quellen-TKÜ und den „Staats-Trojaner“ – zu der Thematik hatte gerade vor unserem Gespräch eine Pressekonferenz des Innenministers stattgefunden – nahm einige Zeit in Anspruch. Die GdP sieht hier

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050



Jubiläum anlässlich 65 Jahre Polizei in Bayern

Innenminister Herrmann lobt ausgezeichnete Arbeit der Bayerischen Polizeibeamten

Fortsetzung von Seite 1

keine rechtliche Probleme und befürchtet, dass den Ermittlern wieder mal ein Werkzeug für besondere Fälle aus der Hand geschlagen wird. Man kann nur hoffen, dass die Politik zumindest das erlaubt, was der Rechtsprechung des BVerfG entspricht und nicht weitere Einschränkungen trifft.

Wegen der genauen Festlegung, welche Dienste unter die Ausnahmen für den abschlagsfreien **Antragsruhestand mit 60 Jahren** sind, steht immer noch die Festlegung durch das StMF aus. Schon aus diesem Grund hat die GdP den zuständigen Referatsleiter im Finanzministerium, Herrn MD Hüllmantel, in die nächste GdP-Vorstandssitzung eingeladen – dann heißt es wieder „GdP im Gespräch.“

Innenminister Herrmann beim Festakt "65 Jahre Polizei in Bayern": „Moderne und zukunftsfähige Dienstleistungsbehörde – leistungsstark und effizient“

„Unsere Bayerische Polizei hat sich in den letzten 65 Jahren zu einer äußerst leistungsstarken und effizienten Organisation entwickelt. Aus einer Polizei mit Schutzleuten, die am Anfang nur zu Fuß und später mit Fahrrad als Dienstfahrzeug ausgestattet war, hat sich eine moderne, zukunftsfähige Dienstleistungsbehörde mit hochqualifizierten Beamtinnen



LV Helmut Bahr im Interview
(Foto: BR)

so Herrmann. „Eine Untersuchung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg aus dem Jahr 2010 weist die Polizei sogar als "Vertrauensspitzenreiter" aus. National wie international hat sie sich einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet. Die Stärke unserer Bayerischen Polizei liegt vor allem darin, dass die Beamtinnen und Beamten ihren schweren Dienst tagein, tagaus mit Herz und Verstand leisten.“ Herrmann dankt für die ausgezeichnete, hoch engagierte und überaus erfolgreiche Arbeit: „Der vorbildliche Einsatz verdient größte Anerkennung.“

Quelle: (PM 384/11 vom 10.10.11) des Bayerischen Innenministeriums



Ein Ausflug in die Polizeihistorie
(Foto: BR)

und Beamten entwickelt.“ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute bei einem Festakt im Münchner Prinzregententheater das 65-jährige Jubiläum der Bayerischen Polizei gefeiert. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer überbrachte persönlich seine Glückwünsche. Zeitzeugen und ehemalige Polizisten aus den Anfangsjahren sowie Polizeikollegen in historischen und aktuellen Uniformen präsentierten lebendige Polizeigeschichte. Ein fünfzehnminütiger Filmtrailer zeigte die bewegten sechseinhalb Jahrzehnte der bayerischen Polizei im Zeitraffer. Im April 1946 begann die amerikanische Militärregierung, bayernweit neue Polizeistrukturen aufzubauen, um für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Sie richtete in allen Städten und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern selbständige Kommunalpolizeien ein. Ab 1952 kam es zur Verstaatlichung der Polizei, die erst 1975 mit Eingliederung der Stadtpolizei München endete.

„Bürgernähe, Verlässlichkeit und Fachkompetenz sind im 21. Jahrhundert Markenzeichen unserer Bayerischen Polizei“,

Unser GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr und der Vorsitzende der BG Oberpfalz, Gerhard Knorr, nutzten den feierlichen Anlass auch dazu, in einem Interview mit dem bayerischen Fernsehen darauf hinzuweisen, dass der Alltag für die Bayerischen Polizeibeamten zunehmend schwieriger wird. Sie werden immer häufiger Opfer verbaler und tätlicher Gewalt, die Sachmittelausstattung ist bei weitem nicht optimal, aber vor allem die personelle Situation auf manchen Dienststellen belastet Bayerns Polizeibeamte mit jeder Einsparung mehr. Den kompletten Beitrag findet ihr über unsere Homepage auf http://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/13_10_11B





GdP-Chef Witthaut im Gespräch mit der Leipziger Volkszeitung:

„Online-Durchsuchungen sind unverzichtbar“

Angesichts der Diskussion um den Einsatz des sogenannten Bundestrojaners fordert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, bei



Staatsanwaltschaften und zur Unterstützung der Richter die Schaffung von IT-Fachdezernaten. Im Gespräch mit dem Hauptstadtkorrespondenten der Leipziger Volkszeitung (LVZ), Dieter Wonka, sagte Witthaut: „Bevor wir als Polizei derartige Untersuchungen anlaufen lassen, müssen wir sicher wissen, dass Staatsanwaltschaften und Richter befähigt sind, die Zulässigkeit der eingesetzten Methoden zu beurteilen.“

Frage: Was wäre, wenn deutsche Behörden illegale Online-Durchsuchungssoftware benutzt hätten?

Bernhard Witthaut: Das wäre überhaupt nicht tolerabel. Der Bürger muss sich darauf verlassen können, dass alle staatlichen Behörden sich an die Regeln halten, die das Verfassungsgericht gesetzt hat. Alles, was andernfalls an Informationen gewonnen worden wäre, unterläge dem absoluten Verwertungsverbot. Hinzu käme die strafrechtliche Verfolgung.

Sind Online-Durchsuchungen akzeptabel, so lange nicht einwandfrei geklärt ist, dass nichts Illegales damit verbunden ist?

Die Ermittlungsbehörden brauchen auf jeden Fall die Möglichkeit zur Online-Durchsuchung. Das muss aber glasklar rechtsstaatlich verlaufen, also vom Richter genehmigt sein. Diese rechtsstaatliche Hürde ist sehr hoch. Zu Recht. Aber

an sich sind Instrumente zur Durchführung der Online-Durchsuchungen unverzichtbar.

Sind die Genehmigungsstellen für Online-Durchsuchungen qualifiziert genug, um Legales von Illegalem zu trennen?

Angesichts der rasanten technischen Entwicklung ist es dringend erforderlich, dass bei allen Staatsanwaltschaften und zur Unterstützung der Richter entsprechende Fachdezernate gebildet werden. Bevor wir als Polizei derartige Untersuchungen anlaufen lassen, müssen wir sicher wissen, dass Staatsanwaltschaften und Richter befähigt sind, die Zulässigkeit der eingesetzten Methoden zu beurteilen.

Im Internet lässt sich die Späh-Software für jedermann leicht besorgen. Sind Einschränkungen notwendig?

Wir müssen die Welt so akzeptieren, wie sie ist.

Welches Vertrauenssignal erwarten Sie nach den Enthüllungen über illegale Staatstrojaner von der Politik?

Den eindeutigen Nachweis, dass alle staatlichen Institutionen sich auf rechtsstaatlichem Boden bewegen. Aber ich habe sowieso den Eindruck, dass der Staat manchmal Gesetzgebung nach dem Motto betreibt: Lasst uns mal nach

unseren Regeln arbeiten, -solange, bis Karlsruhe eingreift. Da wird gern schnell gehandelt und dann eben notfalls nach einem Einspruch aus Karlsruhe nachgebessert.

Online-Durchsuchungen sind weiterhin notwendig, weil...

... weil wir wissen, dass durch die moderne Technik Daten so weit verschlüsselt werden können, dass sie für die Sicherheitsbehörden auf normalem Weg im Bedarfsfall nicht mehr überprüfbar sind. Online-Durchsuchung wie auch die Vorratsdatenspeicherung sind Instrumente, die wir benötigen, um Gefahren von unserer Bevölkerung abzuwehren, um Straftaten zu verhindern und um schwere kriminelle Machenschaften aufzuklären.

Das Interview führte LVZ-Hauptstadtkorrespondent Dieter Wonka



BISTE - HASTE - KANNSTE

BISTE GdP-Mitglied - HASTE die Möglichkeit GdP-Mobile zu bestellen - KANNSTE folgende Leistungen nutzen

- keine Grundgebühr,
- Keine Vertragsbindung,
- kein Mindestumsatz!
- Flatrate ins deutsche Festnetz!
- Kostenfreie Gespräche innerhalb der GdP-Mobile-Gruppe!
- Partnerkarten für Familienmitglieder!
- GRATIS das SAMSUNG E1080!

Und das alles im besten Netz Deutschlands!



FÜR SAGENHAFTE:



EXKLUSIV FÜR GdP-MITGLIEDER!

JETZT BESTELLEN! WWW.GdPBAYERN.DE/GdPMOBILE

